



Im Umgang mit den öffentlichen Dokumenten hinkt Luxemburg hinterher. Im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern gab es bislang kein Archivgesetz. (FOTO: CHRISTIAN ASCHMAN)

Für die Ewigkeit

Parlament verabschiedet Archivgesetz

VON DANI SCHUMACHER

Mit dem kunterbunten Aufbewahren von Dokumenten ist jetzt Schluss. Luxemburg bekommt endlich ein Archivgesetz. Obwohl die Abgeordneten gestern quer durch die Bank von einem historischen Schritt sprachen, bleiben einige Wünsche offen.

Unabhängig von der politischen Couleur waren sich die Abgeordneten gestern in ihrer Einschätzung einig: Das Archivgesetz – das erste seiner Art – ist ein historischer Schritt für das Land. Berichterstatter André Bauler (DP) sprach denn auch von einem „großen Tag“, stellen Archive doch das „kollektive Gedächtnis eines Landes“ dar.

Doch die Freude der Parlamentarier wurde etwas getrübt. Parteiübergreifend wiesen die Redner darauf hin, dass es mit dem lang ersehnten Archivgesetz allein nicht getan ist. Im Gegenteil. Weil man davon ausgehen kann, dass wesentlich mehr Dokumente archiviert werden, wenn das Gesetz erst einmal in Kraft ist, braucht das Nationalarchiv, das eh aus allen Nähten platzt, unbedingt ein neues Zuhause und auch mehr Personal. Das neue Gebäude in Esch-Belval befindet sich bereits in der Planungsphase, bestätigte Kulturstaatssekretär Guy Arendt (DP). 40 Millionen Euro will sich die Regierung das Vorhaben kosten lassen. Bis das Nationalarchiv umziehen kann, wird es aber noch eine Weile dauern. Arendt rechnet damit, dass das neue Gebäude erst in etwa sechs Jahren bezugsfertig sein wird.

Trotz der allgemeinen Freude über das Gesetz hegten die Abgeordneten in zwei Punkten Bedenken. Da wären zum einen die Kommunen. Die Redner sämtlicher

Parteien bedauerten, dass die Gemeinden wegen der kommunalen Autonomie nicht unter das neue Archivgesetz fallen. Sam Tanson (Déi Gréng) wie auch Marc Baum (Déi Lénk) hegten gar den Verdacht, dass die Autonomie nur ein Vorwand sei, um die Gemeinden aus der Verantwortung zu nehmen.

Das Archivgesetz

Bislang hatte Luxemburg kein Archivgesetz. Die Verwaltungen haben ihre Dokumente nach eigenem Gutdünken aufbewahrt, verbindliche Regeln gab es nicht. Das Herzstück des neuen Gesetzes ist das „Tableau de tri“. Dadurch erhalten die Behörden künftig einen Überblick darüber, welches Material archiviert werden muss. Sie haben sieben Jahre Zeit, um gemeinsam mit dem Nationalarchiv das „Tableau“ auszuarbeiten. Sämtliche Ministerien und Verwaltungen unterliegen dem Gesetz, auch das Finanzministerium, für das allerdings eine Sonderregelung gilt. Damit das Steuergeheimnis gewahrt bleibt, ist eine Sperrfrist von 100 Jahren vorgesehen. Ausgenommen von der Abgabepflicht an das Nationalarchiv sind die Abgeordnetenkammer, der Staatsrat, die Gerichte, der großherzogliche Hof, der Ombudsman und der Rechnungshof. Zwar spielen auch hier die gesetzlichen Regeln, diese Institutionen können aber ihre eignen Archive führen. Die Gemeinden fallen nicht unter das neue Archivgesetz, sie können aber auf freiwilliger Basis mit dem Nationalarchiv zusammenarbeiten. Die Zerstörung von staatlichen Dokumenten ist verboten und kann mit Geldstrafen von 500 bis 45 000 Euro geahndet werden. Grundsätzlich darf lediglich das Nationalarchiv darüber bestimmen, was zerstört werden kann.

men. Dass die Kommunen mit dem Nationalarchiv auf freiwilliger Basis zusammenarbeiten können, ist in ihren Augen ein schwacher Trost. Positiv wurde hingegen hervorgehoben, dass die Gemeinden ohne die Zustimmung des Nationalarchivs keine Dokumente vernichten dürfen. Tanson hätte es übrigens auch begrüßt, wenn die Parteien unter das Archivgesetz fallen würden.

Das Steuergeheimnis

Kritik setzte es auch an der Lösung, die für Steuerdokumente zurückbehalten wurde. Dass 100 Jahre vergehen müssen, bevor diese zugänglich werden, erschien den Rednern allesamt zu lang. Gleichwohl werten sie es als positiv, dass das Archivgesetz entgegen dem ursprünglichen Plan nun doch für die Steuerbehörden gilt. Marc Baum reichte einen Änderungsantrag ein, in dem er sich für eine Harmonisierung der Fristen auf 50 Jahre bei allen Behörden aussprach. Sam Tanson wie Franz Fayot (LSAP) fanden die Idee zwar „ganz sympathisch“, dennoch wurde der Antrag mit 58 Nein-Stimmen abgelehnt.

Auch die CSV hatte Bedenken in Bezug auf die Steuerdokumente. Für Serge Wilmes ist es unerlässlich, dass auch die Steuerbehörden an das Archivgesetz gebunden sind. Wenn seine Partei sich im Ausschuss bei der Abstimmung über den Bericht noch enthalten habe, dann sei dies einzig und allein darauf zurückzuführen, dass man noch habe klären wollen, ob es keine Unstimmigkeiten zwischen dem Archivgesetz und den internen Regeln des Finanzministeriums gebe.

Das Votum fiel letztendlich sehr deutlich aus: 57 Abgeordneten stimmten dafür, nur die ADR enthielt sich.

LEITARTIKEL

Auf ganzer Linie

DIANE LECORSAIS



„Viele Kommunen, aber auch andere öffentliche Einrichtungen, hinken digital hinterher.“

Wer „Großes“ vorhat, tut gut daran, die „Kleinen“ um ihre Meinung zu fragen. Das wird gerade auf kommunalpolitischer Ebene zunehmend erkannt. Über Bürgerbeteiligung wird nicht nur gerne gesprochen, immer öfter nimmt sie konkrete Züge an. Trotzdem: Von einer wahren Partizipationskultur kann hierzulande noch lange nicht die Rede sein.

Warum? Nun, weil es oftmals schon an der Grundvoraussetzung hapert. Wer mitreden will, der muss wissen, worüber. Information kommt vor Beteiligung. Allerdings kommt sie bisweilen nur unzureichend oder überhaupt nicht. Dabei wäre es gerade im digitalen Zeitalter so einfach. Doch während Premier Xavier Bettel die Digitalisierung als „eine der wichtigsten Prioritäten des Landes“ anpreist, hinken zahlreiche Kommunen, aber auch andere öffentliche Einrichtungen, digital erheblich hinterher.

Das versperrt den Weg zu einer aktiven Beteiligung. Die Gesellschaft hat sich verändert, und dem muss im Sinne des Partizipationsgedankens Rechnung getragen werden. Dass viele Gemeinden verstärkt auf Infoabende setzen, ist lobenswert. Es muss aber auch an diejenigen gedacht werden, die daran nicht teilnehmen können.

Und dann gibt es da noch einzelne, kleine Kommunen, in denen der Bürger selbst über die öffentlichen Gemeinderatssitzungen kaum etwas erfährt, wenn er denn nicht selber hinget – die Medien werden über bevorstehende Termine schlichtweg nicht in Kenntnis gesetzt. Wer sich schon in dieser Phase verschließt, hat bis zur ernst gemeinten Bürgerbeteiligung noch einen weiten Weg vor sich. Das Problem offenbart sich aber auch auf einer sprachlichen Ebene,

selbst bei den Großen. Unverständlich ist etwa, dass selbst die „Multiplicity“-Hauptstadt die Bewohner auf ihrer Website lediglich auf Französisch informiert – bei 164 vertretenen Nationen.

Denn der Wille, sich einzubringen, ist bei den Menschen durchaus vorhanden; ja, ein Mitspracherecht wird sogar gefordert. Das zeigen viele rezente Beispiele. Das jüngste Exempel aus der Hauptstadt, das Bauvorhaben an der Route d'Arlon, macht aber auch deutlich, dass das mit der Partizipation selbst in „erfahrenen“ Kommunen wie Luxemburg-Stadt noch nicht immer reibungslos abläuft.

Der Schöfferrat plant einen Urbanismuswettbewerb für den Standort des Josy-Barthel-Stadions und will die Ergebnisse mit den Bürgern diskutieren. Zu spät, finden Déi Gréng, was die Oppositionspartei kurzerhand dazu veranlasst hat, im Vorfeld ihr eigenes Bürgerbeteiligungsforum zu lancieren. Ob dieses Hickhack tatsächlich im Sinne einer effizienten Partizipation ist, ist fraglich. Vielmehr drängt sich die Frage auf, ob der Bürger hier nicht zum Spielball der Politik wird, seine Beteiligung nur pro forma ist und das letztendlich in Frust endet.

Um sich in der Gesellschaft zu verankern, muss Bürgerbeteiligung kohärent sein – und konsequent erfolgen. Bei kleinen Quartiersplätzen dürfen die Menschen mitreden; wieso nicht auch beim großen Park im Ban de Gasperich? Den Gemeinden stehen alle Möglichkeiten offen – sie müssen sie nur nutzen. Bei großen Vorhaben darf, ja soll eine Richtung vorgegeben werden, dennoch ist eine offene Herangehensweise essenziell, genau wie die Berücksichtigung der Resultate. Bürgerbeteiligung muss aber auch kreativ sein, damit sich möglichst viele Menschen einbringen und sie nicht zur internen Veranstaltung wird. Vor allem aber muss Bürgerbeteiligung auf ganzer Linie durchgezogen werden. Nur dann wird sie auch auf ganzer Linie ein Erfolg.

■ diane.lecorsais@wort.lu

Lesen Sie heute bei

Wort+



Tour de France live

Es wird die erste hügelige Etappe: Wir berichten in unserem Ticker live vom fünften Teilstück der Tour de France mit Bob Jungels. (14.30 Uhr)



Aus für Papy Braqueur

Tödlicher Überfall im Jahr 1997: Ein Luxemburger Cold Case kommt im November vor Gericht. (20 Uhr)